

**Antrag W-05**  
**SPD-Ortsverein Oststadt-Zoo****Empfehlung der Antragskommission**  
**Annahme****Mietenstopp**

1 Der Bundesgesetzgeber führt einen Mietenstopp  
2 ein, der entsprechend des Berliner Gesetzes zur Mie-  
3 tenbegrenzung im Wohnungswesen vom 11. Februar  
4 2020 im BGB entsprechende Regelungen einführt,  
5 die sowohl u.a. einen Mietenstopp mit Genehmi-  
6 gungsvorbehalt vorsehen als auch einen Tatbestand  
7 für Ordnungswidrigkeiten für die Erhebung über-  
8 höherer Mieten und weiterer Gesetzesverstöße.

9

**Begründung**

10 In Jahrzehnten exorbitanter Steigerungen der  
11 Wohnraummieten zunächst in Großstädten, mitt-  
12 lerweise auch deutlich darüber hinaus, ist für die  
13 MieterInnenseite der Wohnkostenanteil am ver-  
14 fügbaren Einkommen im Durchschnitt deutlich  
15 angestiegen.

16 Viele Mitmenschen müssen damit ihre mühevoll er-  
17 worbenen Erwerbseinkünfte zum erheblichen Teil  
18 den Vertragspartnern am Wohnungsmarkt zur Ver-  
19 fügung stellen, die in den letzten Jahren infolge ex-  
20 orbitanter Mieterhöhungen bzw. starken Mietstei-  
21 gerungen bei der Neuvermietung von Wohnraum  
22 Rekordeinnahmen erzielen konnten.

23 Vor dem Hintergrund steigender Zinsen und derzeit  
24 leicht sinkender Nachfrage im Bereich des Kaufs von  
25 Immobilien bekommt die Nachfrage bei der Vermie-  
26 tung von Wohnraum nochmals eine besondere Dy-  
27 namik.

28 Da Wohnen nicht zum Luxus werden darf, sind alle  
29 im Mietverhältnis wohnenden Mitmenschen darauf  
30 angewiesen, dass bis auf weiteres ein Mietenstopp  
31 eingeführt wird.

32 Nach dem Beschluss des Bundesverfassungsge-  
33 richts vom 25. März 2021 (2 BvF 1/20, 2 BvL 4/20, 2  
34 BvL 5/20) dürfen diese Regelungen derzeit nicht von  
35 den Bundesländern, sondern nur vom Bund getrof-  
36 fen werden.

37 Vor dem Hintergrund des Sozialstaatsprinzips nach  
38 Art. 20 Abs. 1 GG und der Sozialpflichtigkeit des Ei-  
39 gentums nach Art 14 Abs. 2 GG sind diese Regelun-  
40 gen zur Vermeidung von massenhafter Armut und  
41 Wohnungslosigkeit geboten.  
42

**Adressat:**

SPD-Bundestagsfraktion